

nr 2477

Er scheint mit Ausnahme des Sonntags täglich, 8 Bst für das halbe Jahr 5 fl., das Vierteljahr 2 fl. 50 kr., ein Monat 85 kr.

Hermannstädter Zeitung vereinigt mit dem Siebenbürger Boten.

Insertate aller Art werden in der Hermannstädter Zeitung angenommen...

Filial-Abonnements-Bureau: In Mediasch bei Herrn Joh. Hedrich; in Schäßburg bei Herrn G. J. Habersang...

Nr. 63. Hermannstadt, Dienstag am 15. März 1870.

Telegramme

Hermannstädter Zeitung v. m. d. Siebenbürger Boten. West, 14. März. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses...

Amtliches.

Veränderungen in der Honvédarmee. Im Auftrage bei der Infanterie: der pens. k. k. Oberlieutenant Wilhelm Welsch...

Politische Uebersicht.

Die heutige Wiener Zeitung veröffentlicht das Gesetz, womit die Aushebung der zur Erhaltung des Heeres (Kriegsmarine) und der Kriegsmarine erforderlichen Recruten-Contingente im Jahre 1870 bewilligt wird.

21 Canones de Ecclesia abjuraten. Der Reichskanzler beginnt mit der Bemerkung, Oesterreich und die anderen Mächte haben um der Kirche ihre Achtung zu beweisen...

Feuilleton.

Kleine Pariser Chronik.

Eine Katakombengeschichte, ebenso authentisch als entfernt von Schauder und Grauen, vielmehr ziemlich heiterer Natur, möge heute beginnen.

einweilen noch hielten, aber bei einer Belästigung derselben sackte einbrechen mussten. In dunkler Nacht, als Alles schlief, verankert die ganze Barakensfabrik in aller Stille in die Katakomben...

sie kannte, mußte sie eine gute Viertelstunde warten, ehe sich ihrer Jemand annahm; oder vielmehr dies geschah erst, nachdem ihr der Gedanke gekommen war, durch Nennung ihres Namens die Aufmerksamkeit der Herren Kommiss auf sich zu lenken.

Vertical text on the left margin containing various advertisements and notices.

Katastrophe gespannt. Die ultramontanen Blätter fingen Hymnen und freudig erregt sprechen sie von der großen That, so geschehen in Rom. Wie viel an der Freude wahr ist, ist freilich schwer zu bemessen.

Mit der Vertheilung des Unfehlbarkeits-Schemas, so äußert sich das „M.“ gefaßt, ist die Opportunitätsfrage zerhackt, und nur noch die meritorische Frage bleibt den Vätern des Concils zu lösen.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ bezieht sich, ihr Urtheil über die letzten Ereignisse zu fällen; das offizielle, protestantische Organ äußert sich mit einer Entschiedenheit, welche nicht wünschen läßt.

Aus dem ungarischen Reichstage.

Peß, 10. März. (Unterhausung.) Die Opposition wird den heutigen Tag unter ihre höchsten Häupter. Soviel Niederlagen hat sie — die doch in dieser Beziehung eben so reiche als traurige Erfahrungen hat, wohl noch in keiner Sitzung erlitten als in der heutigen.

Auf der Tagesordnung stand die Debatte über das Budget des Landesvertheidigungsministeriums.

Die ersten zwei Titel wurden ohne besondere Schwierigkeit votirt. Bei dem Titel 3 rief der Herr von Klapka eine längere Debatte hervor. Die Opposition spielte hier die Rolle des Naisen und wollte nicht verstehen, woher es komme, daß unter diesem Titel für die Infanterie-Districtcommandanten eine ebenso große Summe präliminirt sei, als für die Districtcommandanten der Cavallerie?

Präsident Somfich eröffnet um 10 Uhr die Sitzung. Schriftführer: Jambor, Szell. Auf der Ministerbank: Szodros, Rajner, Andrássy.

Das Haus übergeht nun zur Tagesordnung: der Specialdebatte über das Budget des Ministeriums für Landesvertheidigung.

Bei Verlesung des Titels „Zentralleitung“ mit einem Präliminare von 249.000 Gulden ergreift das Wort: Georg Klapka.

von einem Freunde begleitet, in der Sitzung und grüßte höflich seine „Richter“, worauf er den Hut ablegte.

Notizen.

(Vergiftung durch Habern.) Wie man den „Deb. Nachr.“ schreibt, trat in der vorigen Woche in der L. Papierfabrik zu Schlagsmühl, nächst Gloggnitz, eine Labung Habern ein.

(Ein königlicher Berichterstatter.) In der Abend Sitzung der ersten k. k. Reichsraths-Kammer vom 21. Februar fungierte als Berichterstatter über eine Vorlage, betreffend die Reform des Steuerwesens Herr Geringer als — der Kronprinz von Sachsen.

(Zwischen Urtingen und Kirchendorf.) In der letzten Zeit als Zeitungsdruck des roten Schnees das seltene Phänomen des schwarzen Schnees beobachtet. Der Schnee hatte dieselbe das Aussehen, als wäre er hellenweise mit Ruß überhäuft.

(Gefährliche Augen.) In der letzten Zeit sind in der Gegend von Kirchendorf mehrere Fälle von gefährlichen Augen beobachtet worden. Die Ursache dieser Erscheinung liegt in einer Unmenge kleiner dem unteren Augen saum sitzender Thierchen.

fährten Präliminare 25.000 Gulden abgezogen und diese Summe zur Errichtung einer Honvédschule verwendet werden.

Ministerpräsident Graf Andrássy rectificirt den vom Vorredner ihm in den Mund gelegten Ausdruck dahin, er habe bloß gesagt: der ungarische Freiheitskampf sei unbedeutender gewesen, als der jüngst beendete amerikanische Krieg.

Staatssekretär Kertápolvi tritt für die Befassung des Präliminars ein; die Beamten reichen selbst in ihrer gegenwärtigen Anzahl nicht zur Erledigung der vielen Einläufe aus.

Emrich Jónkta bemerkt, er habe nicht gegen die Leitung des Landesvertheidigungsministeriums durch einen Zivilisten, sondern bloß gegen die Leitung desselben durch einen Dilettanten gesprochen.

Die Majorität verweist das Amendement Klapka's und votirt das Präliminare ohne Abbruch.

Titel 2. „Generalcommando“, wird ohne Bemerkung nach dem Vorschlage des Finanzaußschusses mit 34.000 fl. votirt.

Staatssekretär Kertápolvi ertheilt die gewünschte Auskunft dahin, die Cavallerieofficiere hielten mehr Pferde und folglich käme denselben die Gehaltung der Thiere verhältnißmäßig wohlfeiler zu stehen.

Baron Ludwig Simonovits hält dieses Argument schon darum nicht für richtig, weil der Abstand zwischen den fraglichen Bezügen zu den vom Vorredner gemachten Angaben gar nicht im Verhältniß steht.

Julius Spárfy weist nach, daß der Staatssekretär mit seiner eben gemachten Angabe zu einem andern Posten des Budgets im Widerspruch steht.

Referent Vitto gibt die wahre Ursache der Differenz in den Pauschalbezügen an. Es sei für die Cavallerieofficiere ein Monatszuschlag in der Gesamtsumme von 7680 Gulden präliminirt und dieser Zuschlag bei Berechnung der Pauschalbezüge für diese Officiere dann in Abzug gebracht worden.

Staatssekretär Kertápolvi bekräftigt die Ausführungen des Vorredners unter ironischen Tönen auf der äußersten Linken.

Ministerpräsident Graf Andrássy bemerkt auf die Auslassungen des Vorredners, er habe nichts dagegen, wenn die Opposition das geißelt, was die Kritik herausfordert, dafür solle sie aber das anerkennen, was Anerkennung verdient.

Ministerpräsident Graf Andrássy bemerkt auf die Auslassungen des Vorredners, er habe nichts dagegen, wenn die Opposition das geißelt, was die Kritik herausfordert, dafür solle sie aber das anerkennen, was Anerkennung verdient.

Ministerpräsident Graf Andrássy bemerkt auf die Auslassungen des Vorredners, er habe nichts dagegen, wenn die Opposition das geißelt, was die Kritik herausfordert, dafür solle sie aber das anerkennen, was Anerkennung verdient.

Ministerpräsident Graf Andrássy bemerkt auf die Auslassungen des Vorredners, er habe nichts dagegen, wenn die Opposition das geißelt, was die Kritik herausfordert, dafür solle sie aber das anerkennen, was Anerkennung verdient.

Ministerpräsident Graf Andrássy bemerkt auf die Auslassungen des Vorredners, er habe nichts dagegen, wenn die Opposition das geißelt, was die Kritik herausfordert, dafür solle sie aber das anerkennen, was Anerkennung verdient.

Ministerpräsident Graf Andrássy bemerkt auf die Auslassungen des Vorredners, er habe nichts dagegen, wenn die Opposition das geißelt, was die Kritik herausfordert, dafür solle sie aber das anerkennen, was Anerkennung verdient.

Ministerpräsident Graf Andrássy bemerkt auf die Auslassungen des Vorredners, er habe nichts dagegen, wenn die Opposition das geißelt, was die Kritik herausfordert, dafür solle sie aber das anerkennen, was Anerkennung verdient.

Ministerpräsident Graf Andrássy bemerkt auf die Auslassungen des Vorredners, er habe nichts dagegen, wenn die Opposition das geißelt, was die Kritik herausfordert, dafür solle sie aber das anerkennen, was Anerkennung verdient.

Ministerpräsident Graf Andrássy bemerkt auf die Auslassungen des Vorredners, er habe nichts dagegen, wenn die Opposition das geißelt, was die Kritik herausfordert, dafür solle sie aber das anerkennen, was Anerkennung verdient.

interesse bringend erhebt. Daß solche Schäden in Häufe vorhanden sind, werde wohl nicht geleugnet werden können; man brauche eben nicht nach der Vergangenheit auszuholen, um solche zu entdecken, jeder Tag fördere neue an Licht.

Klement Grunth verweist sich gegen den Vorwurf, als könne seine Partei Nichts, als abstimmen; auch seine Partei verstände sich auf's Besten, doch wolle sie nicht die theure Zeit vergeuden.

Aus dem österreichischen Reichsrathe.

Wien, 10. März. Der Abreßaußschuß setzte die Besprechung über die polnische Resolution fort. Der Finanzminister vertheidigte die Rechte des Staates auf die Kameralgüter.

Die heutige Sitzung des Konfessionsaußschusses ging auf die Specialberatung des Gesetzes über die Zivilische ein. Im Verlaufe der Debatte erklärte der Justizminister, daß er die Frage der Ehehindernisse wegen Verschiedenheit der Religion und wegen der höheren Weihen nicht als eine prinzipielle anerkenne.

Wien, 11. März. Der Handelsminister legte in der heutigen Reichsraths-Sitzung das mit Vorkauf abgeschlossene Uebereinkommen betreffs der Pruth-Schiffahrt vor.

Wien, 12. März. Der Abreßaußschuß nahm den Antrag: „Die kaiserliche Verordnung vom 25. October 1869 wird gegenüber dem eingetretene bewaffnete Widerstande gegen das Gesetz für gerechtfertigt erklärt und genehmigt.“

Inland.

Hermannstadt, 14. März. Die romanischen Blätter enthalten interessante Mittheilungen über die Vorgänge im Schooße des Clubs der romanischen Reichstagsabgeordneten in Pest.

Der Abreßaußschuß beschloß für die Begleitung 50.000 fl. zu bewilligen, falls die Regierung die Forderung im Reichsrathe einbringen werde.

Vor der Abstimmung in der heutigen Sitzung des Abreßaußschusses erklärte der Ministerpräsident, daß die Stellung der Regierung durch ein Tadelvotum nach Außen hin und gegenüber der betreffenden Bevölkerung eine solche wäre, welche die Regierung zu einer ersten Erwägung ihrer Lage nöthigt.

Her mannstadt, 14. März. Die romanischen Blätter enthalten interessante Mittheilungen über die Vorgänge im Schooße des Clubs der romanischen Reichstagsabgeordneten in Pest.

Der Abreßaußschuß beschloß für die Begleitung 50.000 fl. zu bewilligen, falls die Regierung die Forderung im Reichsrathe einbringen werde.

Vor der Abstimmung in der heutigen Sitzung des Abreßaußschusses erklärte der Ministerpräsident, daß die Stellung der Regierung durch ein Tadelvotum nach Außen hin und gegenüber der betreffenden Bevölkerung eine solche wäre, welche die Regierung zu einer ersten Erwägung ihrer Lage nöthigt.

Her mannstadt, 14. März. Die romanischen Blätter enthalten interessante Mittheilungen über die Vorgänge im Schooße des Clubs der romanischen Reichstagsabgeordneten in Pest.

Der Abreßaußschuß beschloß für die Begleitung 50.000 fl. zu bewilligen, falls die Regierung die Forderung im Reichsrathe einbringen werde.

Vor der Abstimmung in der heutigen Sitzung des Abreßaußschusses erklärte der Ministerpräsident, daß die Stellung der Regierung durch ein Tadelvotum nach Außen hin und gegenüber der betreffenden Bevölkerung eine solche wäre, welche die Regierung zu einer ersten Erwägung ihrer Lage nöthigt.

Her mannstadt, 14. März. Die romanischen Blätter enthalten interessante Mittheilungen über die Vorgänge im Schooße des Clubs der romanischen Reichstagsabgeordneten in Pest.

Der Abreßaußschuß beschloß für die Begleitung 50.000 fl. zu bewilligen, falls die Regierung die Forderung im Reichsrathe einbringen werde.

Vor der Abstimmung in der heutigen Sitzung des Abreßaußschusses erklärte der Ministerpräsident, daß die Stellung der Regierung durch ein Tadelvotum nach Außen hin und gegenüber der betreffenden Bevölkerung eine solche wäre, welche die Regierung zu einer ersten Erwägung ihrer Lage nöthigt.

Her mannstadt, 14. März. Die romanischen Blätter enthalten interessante Mittheilungen über die Vorgänge im Schooße des Clubs der romanischen Reichstagsabgeordneten in Pest.

Der Abreßaußschuß beschloß für die Begleitung 50.000 fl. zu bewilligen, falls die Regierung die Forderung im Reichsrathe einbringen werde.

Die Anglo-Austrian Bank Die Anglo-Austrian Bank ist ein händiges Unternehmen. In Karlsruhe ist die Anglo-Austrian Bank ein händiges Unternehmen.

Die Anglo-Austrian Bank Die Anglo-Austrian Bank ist ein händiges Unternehmen. In Karlsruhe ist die Anglo-Austrian Bank ein händiges Unternehmen.

Die Anglo-Austrian Bank Die Anglo-Austrian Bank ist ein händiges Unternehmen. In Karlsruhe ist die Anglo-Austrian Bank ein händiges Unternehmen.

Die Anglo-Austrian Bank Die Anglo-Austrian Bank ist ein händiges Unternehmen. In Karlsruhe ist die Anglo-Austrian Bank ein händiges Unternehmen.

Die Anglo-Austrian Bank Die Anglo-Austrian Bank ist ein händiges Unternehmen. In Karlsruhe ist die Anglo-Austrian Bank ein händiges Unternehmen.

Die Anglo-Austrian Bank Die Anglo-Austrian Bank ist ein händiges Unternehmen. In Karlsruhe ist die Anglo-Austrian Bank ein händiges Unternehmen.

Die Anglo-Austrian Bank Die Anglo-Austrian Bank ist ein händiges Unternehmen. In Karlsruhe ist die Anglo-Austrian Bank ein händiges Unternehmen.

Die Anglo-Austrian Bank Die Anglo-Austrian Bank ist ein händiges Unternehmen. In Karlsruhe ist die Anglo-Austrian Bank ein händiges Unternehmen.

Die Anglo-Austrian Bank Die Anglo-Austrian Bank ist ein händiges Unternehmen. In Karlsruhe ist die Anglo-Austrian Bank ein händiges Unternehmen.

Die Anglo-Austrian Bank Die Anglo-Austrian Bank ist ein händiges Unternehmen. In Karlsruhe ist die Anglo-Austrian Bank ein händiges Unternehmen.

Die Anglo-Austrian Bank Die Anglo-Austrian Bank ist ein händiges Unternehmen. In Karlsruhe ist die Anglo-Austrian Bank ein händiges Unternehmen.

Die Anglo-Austrian Bank Die Anglo-Austrian Bank ist ein händiges Unternehmen. In Karlsruhe ist die Anglo-Austrian Bank ein händiges Unternehmen.

Die Anglo-Austrian Bank Die Anglo-Austrian Bank ist ein händiges Unternehmen. In Karlsruhe ist die Anglo-Austrian Bank ein händiges Unternehmen.

Die Anglo-Austrian Bank Die Anglo-Austrian Bank ist ein händiges Unternehmen. In Karlsruhe ist die Anglo-Austrian Bank ein händiges Unternehmen.

Die Anglo-Austrian Bank Die Anglo-Austrian Bank ist ein händiges Unternehmen. In Karlsruhe ist die Anglo-Austrian Bank ein händiges Unternehmen.

Die Anglo-Austrian Bank Die Anglo-Austrian Bank ist ein händiges Unternehmen. In Karlsruhe ist die Anglo-Austrian Bank ein händiges Unternehmen.

Die Anglo-Austrian Bank Die Anglo-Austrian Bank ist ein händiges Unternehmen. In Karlsruhe ist die Anglo-Austrian Bank ein händiges Unternehmen.

Die Anglo-Austrian Bank Die Anglo-Austrian Bank ist ein händiges Unternehmen. In Karlsruhe ist die Anglo-Austrian Bank ein händiges Unternehmen.

Die Anglo-Austrian Bank Die Anglo-Austrian Bank ist ein händiges Unternehmen. In Karlsruhe ist die Anglo-Austrian Bank ein händiges Unternehmen.

Die Anglo-Austrian Bank Die Anglo-Austrian Bank ist ein händiges Unternehmen. In Karlsruhe ist die Anglo-Austrian Bank ein händiges Unternehmen.

Die Anglo-Austrian Bank Die Anglo-Austrian Bank ist ein händiges Unternehmen. In Karlsruhe ist die Anglo-Austrian Bank ein händiges Unternehmen.

Die Unionsbank hielt heute ihre konstituierende Generalversammlung. Die Anglo-Austrian Bank übernimmt eine Million und wird diese selbstständig emittieren.

In Karlsruhe ist die Geandacht wieder hergestellt und der bisherige Geistliche, Legationsrath Pfarrer Schmidt, zum Geistlichen ernannt.

Wien beschloß die Schlichter: fortzutriften; heute dagegen die Zeitungspresse einen Termin bis Mittwoch zu stellen, sonst würde der alte Tarif seine Geltung wieder erlangen.

Am 10. März. Der Bischof hat dem neuernannten Realcollegium Religionsprofessoren die verfassungsmäßige Eidesablegung verboten und der Direktor läßt denselben ohne Eid zum Lehramt nicht zu. Dies wurde dem Kultusminister berichtet.

Am 11. März. Der Gemeinderath hat heute einseitig eine Resolution an das Herrenhaus und an das Reichsministerium gegen das Verbot der Eidesablegung beschlossen.

Am 8. März. Die Wahlen in den Gemeinderath haben begonnen. Die slavische Wähler stehen den italienischen kompakt entgegen, sie bedrohen nach dem „Dalmata“ die italienischen Grundbesitzer, wenn sie ihre Stimmen den Italienspartei geben sollten.

Am 10. März. Samstag soll die Installation des neuen Bürgermeisters stattfinden. Hierfür wird Dietrich nach Wien reisen, um dem Kaiser für die Verfertigung seiner Wahl den Dank abzusagen. — Palach wird erst Mitte April aus Nizza zurückkehren.

Am 11. März. Im Auftrage des Unterrichtsministers wurden die hiesigen währischen Studenten um ihre Meinung bezüglich der Errichtung einer Universität in Olmütz befragt. Dieselben erklärten, allerdings unter der Bedingung geschiedener Führer, eine Universität in Olmütz sei wünschenswert, wenn dieselbe geschäftig würde.

Die Strohmänner der geschäftigen Redakteure, welche im Gefängnisse sitzen, haben an Kuchel eine Adresse gefertigt. Da sich unter den Verhafteten kein einziger wirklicher Journalist befindet, sind auf der Adresse nur gewesene Auswanderer, Colportiere und Expeditionsbeamte u. s. w. unterschrieben.

Das ultramontane Blatt „Gyck“ meldet: Palach widerrieth brieflich, Graf's Einladung anzunehmen, weil der Cardinal Schwarzenberg nicht bei der Unterhandlung anwesend sei. Geschichtliche wird bei den Slovenern und Bukowinern stark für deren Austritt aus dem Reichsrath agitiert.

„Petrof“ und „Narodni Listy“ wurden heute konfisciert.

Am 9. März. In dem Ehrenbeleidigungsproceß des Redakteurs der „Gajeta Narodowa“ Dobrzanski, gegen den „Dziennik Polski“ wegen des Vorwurfs der Käuflichkeit, wurden die Redakteure des letzteren Journals, Nowakowicz und Kamn, von den Geschworenen schuldig erkannt. Der Gerichtshof verurtheilte die beiden Redakteure zu 14tägiger Arreste.

**Musland.**

Stuttgart, 9. März. Die Abgeordnetenkammer annullirte die Wahl Zimmerles (Großdeutsch) und legitimirte die angeführte Wahl Halber's (Deutsch Fortschrittspartei), obgleich behauptet wurde, daß bei derselben Bestechung vorgenommen sei.

Paris, 10. März. Erzherzog Albrecht begab sich um 2 Uhr Nachmittags in die Tuilerien, wird Abends das Vaudeville-Theater besuchen und morgen früh abreisen. Bei diesem Anlasse wird der Erzherzog das Lager von Chalons besuchen.

Morgen erscheinen im Journal Officiel die Beförderungslisten für die Armee und die Flotte.

Das „Parlament“ will wissen, daß für den Fall der Verkündigung der päpstlichen Unfehlbarkeit sämtliche französische Bischöfe, sowie die französischen Oligarchen in Rom zu verlassen angewiesen seien.

Genève, 10. März. In einem offenen Sendschreiben an die „Marseillaise“: Die Einke sowie die echte demokratische Partei Frankreichs verachten die Tendenzen der „Marseillaise“, niemals werde zwischen dieser und ihnen eine Gemeinschaft möglich sein.

Nach Florentiner Berichten der „Liberte“ soll ein preussischer Prinz, ein Prinz von Hohenzollern, dort eingetroffen sein, mit einer politischen Mission betraut, deren Scheitern Graf Daru bestimmt erwartet.

Madrid, 12. März. Man versichert, die Cortes werden alsbald nach Vorlegung der organischen Gesetze, wenn sie noch nicht im Stande sind, einen Entwurf zu wählen, erklären, daß ihre constituirende Mission beendet sei. Sie werden sodann als gewöhnliche Cortes zu tagen fortfahren und wird dann der Senat durch allgemeine Abstimmung ernannt werden. Man versichert, es würden sodann die Prärogative eines Monarchen an Ferrero verfallen werden.

Der Minister des Innern hat in Anbetracht des Ausbruchs des gelben Fiebers in Rio de Janeiro eine zehntägige Quarantaine für Prospektanten aus Brasilien angeordnet.

Gerüchtwiese verlautet von einem bevorstehenden Duell zwischen dem Infanten Heinrich von Bourbon und dem Herzog von Montpensier.

**Kirche und Schule.  
Sechste Landeskirchenversammlung.  
XVII.**

Hermannstadt, 14. März. An der Tagesordnung steht das Commissions-Gutachten über den die Amtswirtschaft des zweiten Landesconsistoriums in der Periode 1865—1870 betreffenden Rechenschaftsbericht. Wir heben daraus folgende Mittheilungen und Anträge hervor: (Nach einer entsprechenden Einleitung):

I. Ebenso ist die Commission überzeugt, den Ansichten und Gefühlen der ganzen Landeskirche Ausdruck zu geben, wenn sie die auch in dem vorliegenden Rechenschaftsberichte erwähnte Ueberlieferung des neuwählten Superintendenten nach Hermannstadt, dem geistlichen Amtskollegium, nicht als eine bereits allgemein bekannte Thatsache entgegennimmt, sondern dieselbe mit der lebhaftesten Freude begrüßt, als den Schlußstein im Ausbau unserer Kirchenverfassung, als die Verwirklichung des letzten Ueberrestes früherer dualistischen Regiments und als eine Gewähr sorgfältigen einheitlichen Vorganges auf diesem Gebiete: Und es befindet sich diese Commission voranschreitend in Uebereinstimmung mit den Vertretern der Gesamtkirche, wenn sie dem Wunsche Ausdruck gibt: „Es möge zu dem bis noch bloß grundrissartig bestehenden bleibenden Amtskollegium in Hermannstadt recht bald auch eine gründlich geordnete geistliche Stätte, ein festes „dos noi zov otog“ gewonnen werden, damit die Oberverwaltung unserer Kirche nicht länger mehr der verfallenen Laube gleiche, sondern mit dem Palmstamme austreten möge: „Der Vogel hat ein Haus gefunden und die Schwalbe ihr Nest, da sie Junge beden!“

II. Die in dem Berichte erwähnte Constituirung von 4 neuen evangelischen Gemeinden begrüßt die Commission mit Freude als ein Zeichen dessen, daß auf unsere Landeskirche das biblische Gleichniß von den grünen Blättern an einem schönen Baume, deren etliche abfallen, etliche aber von Neuem wachsen, auch in letzterer Beziehung Anwendung findet. Befördert aber von dem Wunsche, daß auch die sporadischen Bruchtheile der evangelischen Bevölkerung einem bestimmten Anhaltspunkte zugewiesen und dadurch an ihre Zugehörigkeit zur evangelischen Landeskirche um so mehr erinnert werden mögen, stellt die Commission den Antrag:

Es mögen auch für die gegenwärtig nur vereinzelt von Evangelischen bewohnten Landesgebiete bestimmte, nach ihrer Lage am besten dazu geeignete Gemeinden als Muttergemeinden bezeichnet werden, von denen aus die betreffende Diaspora in Evidenz zu halten und geistlich zu versorgen wäre.

Mit hoher Befriedigung hat gewiß auch die Landeskirche die locale Erklärung des Hochlöblichen Landesconsistoriums entgegen genommen, daß Hochlöblichkeit während seiner ganzen Amtswirtschaft den großen in S. 6. der Provisorischen Bestimmungen ausgesprochenen Grundgedanken der Autonomie der Gemeinden aller Stufen gegenüber stets vor Augen gehalten habe.

Die Erwähnung der umfassenden Jahresberichte der Presbyterien von Kronstadt, Hermannstadt, Bistritz und Schäßburg regt den Wunsch und die Hoffnung an, daß solch lobenswerthes Vorgehen recht bald auch anderwärts Nachahmung finden möge!

Dagegen drängt sich bei Erwähnung der in sechs namhaft gemachten Bezirken von den betreffenden Bezirksconsistorien vorgenommenen Kirchenvisitationen und der darüber vorgelegten und vom Hochlöblichen Landesconsistorium verhandelten Protokolle die Frage auf: ob denn nicht auch aus den übrigen Kirchenbezirken derlei Protokolle eingesendet worden sind? Und es knüpft hieran die Commission den Antrag:

Das Hochlöbliche Landesconsistorium wolle im Sinne von S. 164, 2, b die Bezirksdechanten an ihre diesfällige Obliegenheit neuerdings erinnern.

Hieran knüpft bezüglich des Vorganges bei Kirchenvisitationen die Commission noch folgenden Antrag:

In Erwägung dessen, daß zu einer geregelten und erspriechlichen Durchführung der Kirchenvisitationen bestimmte Gesichtspunkte und Normen festgehalten werden müssen und in Erwägung dessen, daß die Visitationsartikel vom Jahre 1818 den wesentlich geänderten damaligen Verhältnissen gegenüber den Visitatoren keine genügende Handhabung mehr bieten, wolle die Hochlöbliche Landeskirchenversammlung beschließen: Es solle eine neue den Anschauungen und Bedürfnissen der Gegenwart Rechnung tragende Norm für die Durchführung der Kirchenvisitationen ausgearbeitet und im verfassungsmäßigen Wege festgestellt werden.

III. Die im Berichte enthaltene Mittheilung, daß aus der Mitte der Schäßburger Bezirkskirchenversammlung in jüngster Zeit ein Antrag hervorgegangen, welcher im Wesentlichen eine neue Abgrenzung des Schäßburger Bezirks dem Mediascher gegenüber bezweckt, und daß die Verhandlungen darüber bereits im Zuge seien, berührt, da es sich hier um die Aufrechterhaltung von wenigstens neun Dörfern mit nahezu 6500 Seelen handelt, einen für die organische Eintheilung der Landeskirche zu wichtigen Gegenstand, als daß ihn die Commission als eine bloße Grenzberichtigung zwischen Schäßburg und Mediasch einfach zur Kenntnis nehmen könnte; vielmehr sieht sie dieselbe in Folge dieser Mittheilung veranlaßt, nachstehenden Antrag, von allgemeinerem Gesichtspunkte aus, zu stellen:

In Anbetracht dessen, daß die gegenwärtig bestehende Kirchenbezirks-Eintheilung von Anbeginn als eine provisorische sich anfänglich, wie denn auch S. 71 der Provisorischen Bestimmungen eine neue Eintheilung der 10 Kirchenbezirke in Aussicht stellt; ferner in Anbetracht dessen, daß die gegenwärtige Bezirkseinteilung auf die uralte an sich vielfach unbenutzbare Capitel-Eintheilung basirt wurde; in Anbetracht endlich dessen, daß auch die neue Geographische Ordnung, in dem sie von den Capiteln gänzlich absteht, eine Revision der provisorischen Bezirkseinteilung erheischen dürfte: in Anbetracht aller dieser Umstände wolle die Hochlöbliche Landeskirchenversammlung beschließen:

„Das Hochlöbliche Landesconsistorium möge im Sinne von S. 71 über eine neue, d. i. definitive Eintheilung und Abgrenzung der Kirchenbezirke der nächsten Landeskirchenversammlung eine Vorlage zur Beschlußfassung unterbreiten.“

Geno wäre der Vorgang mancher Bezirksconsistorien, nach Ablauf ihrer Amtsperiode der Bezirkskirchenversammlung einen Rechenschaftsbericht über ihre Amtsführung zu erstatten, allgemein zur Nachahmung zu empfehlen.

Zemehr auch dem Siege der gerechtesten Sache nur dann mit begründetem Vertrauen entgegengehen werden kann, wenn sämtliche Theilnehmer einmüthig für ihr gutes Recht einstehen: um so beruhender ist es, daß nur aus freien Kirchenbezirken die zu Kirchen- und Schulzwecken gewidmete Entschädigung für den in den Jahren 1848—1856 geleisteten Naturalersatz angeseht werden ist. In diesem Zusammenhange erlaubt sich die Commission die Frage: „welche drei Kirchenbezirke es sind, die in dieser Beziehung sich passiv verhalten haben?“ und stellt zugleich den Antrag:

Das Hochlöbliche Landesconsistorium wolle der gegenwärtigen Landeskirchenversammlung die dem h. kön. ungarischen Ministerium für Cultus und Unterricht unterbreitete diesbezügliche Vorstellung durch Aufhebung derselben zur Kenntnis bringen.

IV. Die Errichtung neuer Volksschulen in den neu zugewachsenen Gemeinden nimmt die Commission zu erfreulicher Kenntnis.

Mit aller Anerkennung müssen die Bemühungen begrüßt werden, die das Hochlöbliche Landesconsistorium der Herstellung und Verbreitung guter Volksschulbücher zugewandt hat.

Nicht minder muß es als eine wesentliche Errungenschaft bezeichnet werden, daß das Lernen an allen Mittelschulen zu einem obligaten Lehrgegenstande erhoben worden ist.

Wiewohl auch diese Commission sich gerne der Erwartung hingibt, daß die mit allem Nachdrucke gethanen Schritte des Hochlöblichen Landesconsistoriums gegenüber einseitigen Verfügungen von Regierungsorganen, betreffend die Schmälerung und doppelte Besteuerung von Zehnten, ein günstiger Erfolg klären werde, so erlaubt sie sich doch die Bitte um nähere Aufschluß darüber, in welchem Stadium diese Angelegenheit gegenwärtig steht? und stellt den Antrag:

daß, wenn wider Erwarten eine günstige Erledigung doch nicht so bald erfolgen sollte, in dieser Richtung neuerdings mit dem erforderlichen Nachdrucke, und im Namen und über ausdrücklichen Beschluß dieser Landeskirchenversammlung die endliche günstige Erledigung dieser Angelegenheit angefordert werden möge.

VI. Ziemlich der unermüdbaren wahrhaft schöpferischen Thätigkeit, welche das Hochlöbliche Landesconsistorium in der Ausarbeitung von zahlreichen organischen Vorlagen für die Landeskirchenversammlung entwickelt hat, die vollkommenste Anerkennung gebührt, um so mehr stellt sich bei der eben darüber in rascherer Fluth abgelaufenen Entwicklung des kirchlichen Lebens das Bedürfnis nach fortgeschrittener Verbesserung nach immer weiteren Richtungen hin heraus. In diesem Zusammenhange kann die Commission die im Rechenschaftsberichte erwähnte Abfassung einer neuen Agenda nicht mit Stillstehen übergehen, indem sie, angesichts der gegenwärtigen nach den verschiedensten Richtungen hin divergirenden Mannichfaltigkeit auf diesem Gebiete, eben eine größere Uebereinstimmung in der gottesdienstlichen Ausprägung des evangelischen Bewußtseins als das nicht letzte Erfordernis und Kennzeichen einer in der That und in der Wahrheit organischen Gesamtgemeinde erblickt. Sonach stellt sie den Antrag:

Die Hochlöbliche Landeskirchenversammlung wolle beschließen, es sei der im Rechenschaftsberichte erwähnte Entwurf zu einer neuen Agenda je eher durchzuberathen und zur verfassungsmäßigen Behandlung hinauszugehen.

Auch die Herausgabe eines neuen, den Anforderungen der Gegenwart entsprechenden und für alle Fälle des kirchlichen Lebens genügenden Gesangesbuchs, wie auch eines vollständigen Jahrganges von Kirchenmusikstücken, hauptsächlich für Landgemeinden, muß als einem tiefgefühlten Bedürfnisse Rechnung tragend mit voller Anerkennung begrüßt werden.

Indem die Commission die zum Ankaufe des Hauses Nr. 189 für Zwecke der Landeskirche gethanen Schritte und den schon jetzt so erfreulich sich herausstellenden Erfolg der zu diesem Behufe eingeleiteten allgemeinen Collecte zu befriedigender Kenntnis nimmt, stellt sie den Antrag:

Die Hochlöbliche Landeskirchenversammlung wolle beschließen: es solle ein übersichtlicher Ausweis über den Gesamtvertrags der bisherigen Sammlung in Druck gelegt und sämmtlichen Presbyterien ohne Verzug mitgetheilt werden, damit auch diejenigen Gemeinden und Mitglieder der Landeskirche, die bis jetzt, vielleicht weil sie überhaupt einen ausgiebigen Erfolg bezweifelten, dieser Collecte gegenüber sich passiv verhielten, aufgemuntert werden mögen, ihr Scherlein ebenfalls beizutragen.

Die Erwähnung der am 12. November 1868 gehaltenen Festpredigt des Superintendenten, die in Druck gelegt zu dem oben angeführten Zwecke einen so dankenswerthen Beitrag geliefert hat, veranlaßt die Commission zu dem Antrage:

Die Hochlöbliche Landeskirchenversammlung wolle nach dem protokollarischen Vorgange vom 16. November 1868 an Seine Hochwürden den Superintendenten das Ansuchen stellen, es zu gestatten, daß auch die am 17. d. M. gehaltene Festpredigt zu dem gleichen Zwecke in Druck gelegt werde.

Mit Uebergehung des die Vermögensumstände der Landeskirche betreffenden einem eigenen Ausschusse zugewiesenen Auftrages, welcher die diese Commission dem Schlusse des Rechenschaftsberichtes zu, welcher der Stellung der Gesamtkirche nach Augen und im Staate gedenkt und sie fühlte sich gegenüber dem hohen Schwunge der betreffenden Darstellung und gegenüber der Fülle der darin aufgezählten hochförmlichen Thatsachen kaum zu etwas Anderem berufen, als zu Gefühlen lebhaften Dankes, deren sie hauptsächlich nach 2 Richtungen hin in nachstehenden Anträgen Ausdruck zu geben sich für verpflichtet erachtet:

1. Die Hochlöbliche Landeskirchenversammlung wolle die von Sr. Excellenz dem Herrn Cultusminister Baron Görös unterer Landeskirche bewiesene, im Rechenschaftsberichte so glänzend constatirte Gesetzmäßigkeit zu befriedigender und dankbarer Kenntnis nehmen.

2. Die Hochlöbliche Landeskirchenversammlung wolle dem Hochlöblichen Landesconsistorium für seine eben so einflussvolle als gewissenhafte und unermüdbare und darum auch an erspriechlichen Erfolgen so reiche Mithewaltung die wohlverdiente Anerkennung aussprechen. Hermannstadt, am 27. Februar 1870.

Ludwig v. Greising m. p. Michael Hirsch m. p. J. Gottschling m. p. Samuel Lang m. p. G. Friedrich Marienburg m. p. Berichterstatter.

Die Sitzung am Montag war unter den vielen wahrhaft parlamentarischen eine der durch maßvolle Behandlung am meisten ausgezeichneten und schloß mit einer lebhaften Ovation für den Minister Baron Görös und das Landesconsistorium, indem die Versammlung die betreffenden Schlussanträge mit ausbrechendem Hochs beglückte und einmüthig dieselben durch allgemeine Erhebung von den Seiten nahm.

Zu den eifrigsten und noch einigen andern mehr formellen und benutzlichen Anträgen des Ausschusses wurde wiederholt gesprochen; besonders ist hervorzuheben bei Hauptabschnitt III die Bitte des Schäßburger Bezirksdechanten M. A. Schuster neuer bei Schäßburg gelegene Gemeinden aus dem Mediascher Kirchenbezirk herauszunehmen und sie dem Schäßburger zuzuwenden. Wird verfassungsmäßig behandelt werden.

Der Landeskirchensecretär bestimmte Veranlassung eine Landesconsistorialvorstellung am das hohe Ministerium vom 17. December 1869 J. 1567 vorzulegen, woraus sich ergibt, daß 162 Gemeinden ihren indobit gelegenen Zehnten der Gesamtkirche gewidmet haben. Sie hätte diesemnach eine Rückzahlungsforderung an den Grundentlastungsfond von 919,814 fl. & W.

Herr S. Schiel gibt Aufklärungen über die von ihm abzufassende Agenda und beschließt die Veranlassung obigen diesbezüglichen Ausschussesantrages nach der Formulierung von Fr. Müller jun., woraus, die Agenda vom Landesconsistorium vorberathen und durch den Druck veröffentlicht werden solle. Erlaubt stellt bezüglich Anfragen wegen Penfionsstatuten und der verhältnismäßigen Entlohnung der ehemaligen Casarbeamten; erhält — wie Andere — befriedigende Auskunft und so schließt die selbst formell abgeordnete Sitzung bereits um 1 Uhr im schönsten Entlasse.

Dann, wie fast täglich, Anberaumung einer Landesconsistorialfeier; für die übrigen Mitglieder an einem so selten „freien“ Nachmittage „Vorsprechung“; — wir möchten wünschen, diese letzteren führten zu dem Resultate, daß man die „Disciplinarordnung“ nach dem Ausschussesantrage (provisorisch zur versuchsweisen Erprobung) in mehreren Punkten en bloc annehmen könnte. Morgen den 15. die Fondsberichte u. dgl.

**Local- und Tagesnachrichten.**

Hermannstadt, 15. März. Der hiesige Magistrat hat in seiner gestrigen Sitzung den bisherigen Magistratskanzlisten Julius Sigruß zum Stadthauptmann und den bisherigen Praktikanten Creciu zum Magistratskanzlisten ernannt.

Gestern wurden über Anordnung des Hermannstädter Magistrates die wegen des Verbrechens der Widersetzlichkeit gegen die Vollziehung der in der Wahlfreiheit gestellten höhern Entscheidungen in allen Instanzen verurtheilten Bongarder Inassen heringebracht, um ihre Freiheitsstrafen abzuhängen.

(Curiosum.) Die Reichsrath Gemeindevertretung hat in der vorgestern abgehaltenen Communitätssitzung den Beschluß gefaßt, den vorgelegten Kreis-Inspektor zu bitten, die Wahl eines neuen Gemeinde-Rathes und eines neuen Steueramts zu gestatten, indem die vor sieben Wochen gewählten diesfälligen Beamten nicht mehr ihr Vertrauen besitzen. Angenehm dürfte für diese Communitäten der Erfolg eines neuen Wahl-Gesetzes sein, vermöge dessen dieselben ihre Ortsbeamten jeden Monat absetzen und neue wählen könnten.

(Zweimal gestorben.) Das ungarische Amtsblatt „Budapesti Közlöny“ läßt in seiner Nummer 57 v. 11. d. M. den ehemaligen Gouverneur von Siebenbürgen, Fürst Schwarzenberg, welcher bekanntlich bereits seit mehr als einem Decennium todt ist, in Wien vor einigen Tagen noch einmal sterben. Das Amtsblatt begehrt den historischen Schreiber, weil es den Bruder des Gouverneurs, Friedrich, bekannt unter dem Namen Landesfürst, — und den ehemaligen Gouverneur von Siebenbürgen, Feldzeugmeister, Fürst Karl Schwarzenberg für eine und dieselbe Person hält.

Auch der Klausenburger „Magyar Polgar“ läßt denselben Gouverneur von Siebenbürgen gleichfalls vor einigen Tagen in Wien noch einmal sterben.

**Briefkasten der Expedition.**

Herrn F. A. Czerny, in Volska. Ihr Schreiben vom 3. d. M. ist uns erst gestern gekommen, daher das verspätete Abenden des Blattes.

Telegr. Wiener Cours vom 1. März 1870.

5% Metalliques	61.45	Ungar. Grundentlastungsb.	78.75
5% Mit Met- und Roem. Zinsen	61.40	Fremdb.	77.50
5% National-Anlehen (Silber)	71.30	Eisenb.	75.50
1860er Staats-Anlehen	97.90	Kroat.-Slab.	83.50
Banquanten	75.—	Silber	121.10
Erbschaften	283.—	R. l. Münz-Dalata	5.82 1/2
Lombard	124. 5		
Siebenb. Eisenbahn-Aktien (vom 11. März)	168 —		
Prioritäts-Obligationen	168 50		
	91 25		
	91 75		
Obbahn (80 fl.)	96 —		
	96 50		
Obbahn (800 fl.)	87 50		
	87 —		

